

Studien zum
deutschen und europäischen Arbeitsrecht

91

Sophie Valentine

Arbeitgeberseitige Sprachanforderungen im Arbeitsverhältnis

Benachteiligungen wegen der „ethnischen Herkunft“
nach § 1 AGG und der Richtlinie 2000/43/EG



Nomos

**Studien zum
deutschen und europäischen Arbeitsrecht**

Herausgegeben von

Prof. Dr. Martin Henssler, Universität zu Köln

Prof. Dr. Martin Franzen, Ludwig-Maximilians-Universität München

Prof. Dr. Felix Hartmann, LL.M. (Harvard), Freie Universität Berlin

Prof. Dr. Clemens Höpfner,
Westfälische Wilhelms-Universität Münster

Prof. Dr. Abbo Junker, Ludwig-Maximilians-Universität München

Prof. Dr. Peter Schüren, Westfälische Wilhelms-Universität Münster

Prof. Dr. Katharina Uffmann, Ruhr-Universität Bochum

Band 91

Sophie Valentine

Arbeitgeberseitige Sprachanforderungen im Arbeitsverhältnis

Benachteiligungen wegen der „ethnischen Herkunft“
nach § 1 AGG und der Richtlinie 2000/43/EG



Nomos



Onlineversion
Nomos eLibrary

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Frankfurt (Oder), Europa-Univ. Viadrina, Diss., 2020

u.d.T.: „Sprachanforderungen im Arbeitsrecht – Benachteiligungen wegen der ‚ethnischen Herkunft‘ nach § 1 AGG und der Richtlinie 2000/43/EG“

ISBN 978-3-8487-8113-3 (Print)

ISBN 978-3-7489-2530-9 (ePDF)

1. Auflage 2021

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2021. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Für Nelson

Vorwort

Die Arbeit wurde von der Juristischen Fakultät der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder) im Sommersemester 2020 als Dissertation angenommen. Es wurden die Gesetzeslage, Rechtsprechung und Literatur bis Dezember 2020 berücksichtigt.

Besonders danken möchte ich meiner Doktormutter Prof. Dr. Eva Kocher für die vielen hilfreichen Hinweise und gemeinsamen Diskussionen. Ich hätte mir keine bessere Betreuung vorstellen können. Des Weiteren danke ich Herrn Prof. Dr. Oliver Knöfel für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens.

Dank gebührt auch dem Hugo Sinzheimer Institut der Hans-Böckler-Stiftung, welches mir ermöglicht hat, dass ich 2019 meine Thesen beim Bundesarbeitsgericht im Rahmen des 21. Colloquiums für den wissenschaftlichen Nachwuchs im Arbeits- und Sozialrecht vortragen durfte.

Die vorliegende Arbeit wäre ohne meinen Ehemann, Partner und besten Freund, nicht möglich gewesen. In Dankbarkeit blicke ich auf die zurückliegenden Jahre voller unersetzlicher Unterstützung und Ermutigung.

Schließlich danke ich meiner Mutter und meiner Großmutter für die immerwährende liebevolle Unterstützung.

Ich hoffe, mit der vorliegenden Dissertation Anregungen für weitere rechtswissenschaftliche Auseinandersetzungen mit dem Diskriminierungsgrund der „ethnischen Herkunft“ zu schaffen und dazu beizutragen, das Bewusstsein für bestehende neo-linguizistische Benachteiligungen in unserer Gesellschaft zu schärfen.

Berlin, im Dezember 2020

Sophie Valentine

Inhaltsübersicht

Abkürzungsverzeichnis	19
1. Kapitel: Einführung zu arbeitgeberseitigen Sprachanforderungen	25
A. Einleitung	25
B. Nachteile auf dem Arbeitsmarkt wegen fehlender Sprachkenntnisse	30
C. Maßnahmen zur Überwindung von Sprachbarrieren	37
D. Sprachanforderungen und Spracherwerb	40
E. Rechtlicher Problemaufriss	47
F. Gang der Untersuchung und Eingrenzung der Prüfungsmaterie	53
2. Kapitel: Der Diskriminierungsgrund der „ethnischen Herkunft“	56
A. Bisheriger Forschungsstand	56
B. Auslegungsmaßstab	87
C. Der Diskriminierungsgrund der „ethnischen Herkunft“ nach der Richtlinie 2000/43/EG	95
3. Kapitel: Unmittelbare Benachteiligung durch Sprachanforderungen	148
A. Anwendungsbereich des AGG	149
B. Voraussetzungen der unmittelbaren Diskriminierung gemäß § 3 Abs. 1 AGG	149
C. (Neo-)Linguizismus: Sprache als Anknüpfungspunkt für Fremdenfeindlichkeit	152
D. Unmittelbare Benachteiligung wegen der Muttersprache	165
E. Rechtfertigung der Benachteiligung nach § 8 Abs. 1 AGG	170
F. Fazit	179

Inhaltsübersicht

4. Kapitel: Mittelbare Benachteiligung durch Sprachanforderungen	181
A. Voraussetzungen der mittelbaren Benachteiligung gemäß § 3 Abs. 2 AGG	181
B. Feststellung der benachteiligenden Wirkung	182
C. Rechtfertigung der Benachteiligung	203
5. Kapitel: Abschließendes Fazit und Thesen	253
A. Abschließendes Fazit	253
B. Zusammenfassung in Thesen	255
C. Wesentliche Ergebnisse in Thesen	259
Literaturverzeichnis	261

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	19
1. Kapitel: Einführung zu arbeitgeberseitigen Sprachanforderungen	25
A. Einleitung	25
B. Nachteile auf dem Arbeitsmarkt wegen fehlender Sprachkenntnisse	30
I. Stellenausschreibungen	31
II. Vorstellungsgespräche und Auswahlverfahren	32
III. Einstellungsentscheidungen	35
IV. Kündigungen	35
V. Zwischenfazit	36
C. Maßnahmen zur Überwindung von Sprachbarrieren	37
I. Kompensation der fehlenden Sprachkenntnisse im betrieblichen Ablauf	37
II. Finanzielle staatliche Unterstützungsleistungen	39
D. Sprachanforderungen und Spracherwerb	40
I. Muttersprache	40
1. Erst-, Herkunfts- und Zweitsprache	41
2. Anforderung „muttersprachliche Kenntnisse“	43
II. Anforderung „akzentfreies Sprechen“	44
III. Anforderungen „fließende“, „sehr gute“ oder „gute Sprachkenntnisse“	45
IV. Zwischenfazit	46
E. Rechtlicher Problemaufriss	47
I. Rechtsprechung des BAG und EuGH zur „ethnischen Herkunft“	48
II. Arbeitgeberseitige Pflichten zum Ergreifen von Maßnahmen zur Überwindung von Sprachbarrieren	51
F. Gang der Untersuchung und Eingrenzung der Prüfungsmaterie	53

Inhaltsverzeichnis

2. Kapitel: Der Diskriminierungsgrund der „ethnischen Herkunft“	56
A. Bisheriger Forschungsstand	56
I. Gruppenbezogener Ansatz	57
1. Bestimmung von Ethnien anhand eines Bündels von Kriterien	57
2. Benachteiligung wegen der „ethnischen Herkunft“ durch Sprachanforderungen	60
3. Zwischenfazit	62
II. Kritik	63
1. Inkonsistenz der Rechtsprechung des BAG	63
2. Schutzlücken	65
3. Kategorisierung und Homogenisierung	67
4. Reproduktion von stereotypen Vorurteilen	69
a. Überwindung der „Rassentheorien“	70
b. Ersatz der „Rassentheorie“ durch eine „Ethnientheorie“	74
5. Zwischenfazit	76
III. Diskutierte Ansätze zur Neuausrichtung des Antidiskriminierungsrechts	77
1. (De-)Konstruktivistischer Ansatz	78
2. Postkategorialer Ansatz	79
3. Konzeptionelle Neuausrichtung zur Erfassung intersektioneller Diskriminierungen	81
IV. Diskriminierungsgrund, -merkmal oder -kategorie?	82
V. Fazit	84
B. Auslegungsmaßstab	87
I. Auslegung von nationalen Rechtsbegriffen	87
II. Auslegung von autonomen Unionsrechtsbegriffen	89
III. Unionsrechtlicher oder nationaler Rechtsbegriff?	91
1. Berücksichtigung nationaler Besonderheiten?	91
2. Bisher keine Regelung im deutschen Recht	93
3. Einheitliche Anwendung von Unionsrecht	94
IV. Fazit	95
C. Der Diskriminierungsgrund der „ethnischen Herkunft“ nach der Richtlinie 2000/43/EG	95
I. Etymologische Überlegungen	96
II. Ermächtigungsgrundlage des Art. 19 Abs. 1 AEUV	97
III. Telos der Richtlinie 2000/43/EG	97
1. Erwägungsgründe der Richtlinie 2000/43/EG	98

2. Entstehungsgeschichte der Richtlinie 2000/43/EG	99
a. Gründungsjahre der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft	99
b. Arbeitsmigration der 1970er Jahre	99
c. Rassismus in den 1980er Jahren	100
d. Eine neue europäische Antirassismus-Bewegung	100
e. Schaffung der europäischen Kompetenz zur Bekämpfung von Rassismus	101
f. Erlass der Richtlinie 2000/43/EG	102
g. Zwischenfazit	103
3. Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit als Ziel der Richtlinie	104
a. Begriffe von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus	104
aa. Begriff der Fremdenfeindlichkeit	105
bb. Kritische Reflexion des Begriffs der Fremdenfeindlichkeit	106
cc. Abgrenzung zur Ausländerfeindlichkeit	108
dd. Strittiges Verhältnis zum Begriff des Rassismus	108
ee. Zwischenfazit	109
b. Systematisches Verhältnis von „ethnischer Herkunft“ und „Rasse“	110
aa. „Ethnische Herkunft“ als Oberbegriff?	111
bb. Überschneidung sozialer Konstruktionen von „Ethnizität“ und „Rasse“	112
c. Stellungnahme	115
4. Fazit	118
IV. Benachteiligung einer bestimmten „Ethnie“ erforderlich?	119
1. Einschränkung der „ethnischen Herkunft“ durch den EuGH	120
a. Urteil vom 10.7.2008 – <i>Feryn</i>	121
b. Urteil vom 16.7.2015 – <i>CHEZ Razpredelenie Bulgaria</i>	123
c. Urteil vom 6.4.2017 – <i>Jyske Finans</i>	125
d. Urteil vom 15.11.2018 – <i>Maniero</i>	127
e. Stellungnahme	127
2. Vermeidung von künstlicher Ethnisierung und Anerkennung von Zuschreibungen	130
3. Diskriminierungsverbot des Art. 21 Abs. 1 GRCh	133
4. Diskriminierungsschutz nach völkerrechtlichen Abkommen	135
a. Art. 1 Abs. 1 CERD	136

Inhaltsverzeichnis

b. IPbpR, IPwskP und AEMR	137
c. Art. 14 EMRK	138
d. ILO-Übereinkommen Nr. 111	139
e. Stellungnahme	139
5. Eigenschaften als Anknüpfungspunkt für Zuschreibungen der Fremdheit	141
V. Abschließende Stellungnahme	144
1. Bisheriger Definitionsansatz greift zu kurz	144
2. Einzelne Eigenschaften als Anknüpfungspunkt für Fremdenfeindlichkeit	145
3. Erweiterung der bisherigen Definition der „ethnischen Herkunft“	147
3. Kapitel: Unmittelbare Benachteiligung durch Sprachanforderungen	148
A. Anwendungsbereich des AGG	149
B. Voraussetzungen der unmittelbaren Diskriminierung gemäß § 3 Abs. 1 AGG	149
I. Benachteiligung im Sinne des AGG	150
II. Kausalität der Benachteiligung	151
C. (Neo-)Linguizismus: Sprache als Anknüpfungspunkt für Fremdenfeindlichkeit	152
I. Linguizistische Benachteiligung	152
II. Neo-linguizistische Benachteiligungen	154
1. Angestrebte Sprachhomogenität	154
2. Ausgrenzung aus der Sprachgemeinschaft	157
a. Ausgrenzung aufgrund eines Akzents	158
b. Differenzierung nach vermeintlich besseren und schlechteren Sprachen	160
c. Ausgrenzung aufgrund eines Dialekts	161
3. Einhaltung der Wortlautgrenze des § 1 AGG	163
III. Fazit	165
D. Unmittelbare Benachteiligung wegen der Muttersprache	165
I. Keine Benachteiligungsabsicht erforderlich	166
II. Kausalzusammenhang zwischen Sprachanforderungen und Muttersprache	167
1. Anforderung „muttersprachliche Kenntnisse“	168
2. Anforderung „akzentfreies Sprechen“	168

3. Anforderung „dialektfreies Sprechen“	169
4. Anforderungen „fließende“, „sehr gute“ oder „gute Sprachkenntnisse“	169
5. Zwischenfazit	170
E. Rechtfertigung der Benachteiligung nach § 8 Abs. 1 AGG	170
I. Anforderung „muttersprachliche Kenntnisse“	174
II. Anforderung „akzentfreies Sprechen“	176
III. Anforderung „dialektfreies Sprechen“	177
IV. Zwischenfazit	178
F. Fazit	179
4. Kapitel: Mittelbare Benachteiligung durch Sprachanforderungen	181
A. Voraussetzungen der mittelbaren Benachteiligung gemäß § 3 Abs. 2 AGG	181
B. Feststellung der benachteiligenden Wirkung	182
I. Bildung von Vergleichsgruppen	182
II. Zurechnungszusammenhang im Rahmen der mittelbaren Diskriminierung	183
1. Mittelbare Diskriminierung wegen der „Rasse“ – <i>Griggs v Duke Power Co</i>	186
2. Nur Umgehungsverbot?	187
3. Herstellung „objektiver“ Entscheidungen?	188
4. Das europäische Gleichheitskonzept: Zielsetzung der Richtlinie 2000/43/EG	189
5. Starke Korrelation zwischen Benachteiligungen durch Sprachanforderungen und einer anderen Muttersprache	194
a. Anforderungen „fließende“, „sehr gute“ oder „gute Sprachkenntnisse“	195
aa. Beispiel: Deutschkenntnisse	196
bb. Beispiel: Englischkenntnisse	197
b. Schriftsprache	198
c. Zwischenfazit	198
6. Keine Benachteiligung einer bestimmten „Ethnie“ erforderlich	199
III. Zwischenfazit	201
C. Rechtfertigung der Benachteiligung	203
I. Rechtmäßiges Ziel gemäß § 3 Abs. 2 AGG	203
1. Unternehmerische Freiheit des Arbeitgebers	204

Inhaltsverzeichnis

2. Willkürgrenze	205
3. Spannungsverhältnis zwischen AGG und unternehmerischer Freiheit	206
4. Kein legitimes Ziel im Sinne des § 10 Satz 1 AGG erforderlich	207
5. Verhältnis zum Rechtfertigungsmaßstab der unmittelbaren Benachteiligung	207
6. Wertungen aus der Rechtsprechung zum allgemeinen Gleichbehandlungsgrundsatz: Vernünftige Gründe	208
7. Zwischenfazit	210
II. Vernünftige Gründe für Sprachanforderungen	211
1. Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz	211
2. Erfüllung von ISO-Normen	213
3. Bestmögliche Tätigkeitsausführung als rechtmäßiges Ziel	213
4. Zwischenfazit	215
III. Verhältnismäßigkeit der Sprachanforderungen	216
1. Differenzierung nach Art der Tätigkeit	216
2. Weniger nachteilige, gleich geeignete Mittel?	217
a. Organisatorische Maßnahmen des Arbeitgebers	217
b. Differenzierung nach Stadien des Beschäftigungsverhältnisses	220
c. EuGH zu den Diskriminierungsgründen Geschlecht und Religion	223
d. Das Konzept des Verbots der mittelbaren Diskriminierung als Anknüpfungspunkt zur Überwindung struktureller Ungleichheiten	225
3. Zwischenfazit und weiterer Prüfungsgang	226
IV. Pflicht oder Obliegenheit des Arbeitgebers zu milderer Maßnahmen?	228
1. Angemessene Vorkehrungen im internationalen, europäischen und nationalen Recht	229
a. UN-BRK	229
b. Art. 5 Richtlinie 2000/78/EG	230
c. Angemessene Vorkehrungen im deutschen Recht	231
aa. Geeignete Maßnahmen nach § 164 Abs. 3 Satz 1, Abs. 4 SGB IX	231
bb. Angemessene Vorkehrungen nach § 7 Abs. 2 BGG	232
cc. Erforderliche Maßnahmen nach § 12 Abs. 1 AGG	233
dd. Unionsrechtskonforme Auslegung des § 241 Abs. 2 BGB	234

d. Zwischenfazit	234
2. Ansätze zur dogmatischen Einordnung von angemessenen Vorkehrungen	235
a. Zusätzliches „positives Element“ der Verhältnismäßigkeitsprüfung	235
b. Benachteiligungsverbot „sui generis“	236
c. Positive Handlungspflicht des Arbeitgebers	237
d. Verhältnis zum Konzept der positiven Maßnahmen nach § 5 AGG	238
e. Nähe zum Verbot der mittelbaren Diskriminierung	240
aa. Individueller Bezug gegen Gruppenvergleich	242
bb. Individuelle Betrachtung der mittelbar benachteiligenden Maßnahme	242
cc. Mittel zur Erreichung materieller Gleichheit?	243
f. Stellungnahme	244
3. Bedeutung für Sprachanforderungen	248
V. Fazit	251
5. Kapitel: Abschließendes Fazit und Thesen	253
A. Abschließendes Fazit	253
B. Zusammenfassung in Thesen	255
C. Wesentliche Ergebnisse in Thesen	259
Literaturverzeichnis	261

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	anderer Ansicht
a.E.	am Ende
a.F.	alte Fassung
AA	Auswärtiges Amt
Abs.	Absatz
AEMR	Allgemeine Erklärung der Menschenrechte
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AGG	Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz
AiB	Arbeitsrecht im Betrieb (Zeitschrift)
Anm.	Anmerkung
ArbG	Arbeitsgericht
ArbR	Arbeitsrecht
ArbRAktuell	Arbeitsrecht Aktuell (Zeitschrift)
ArbSchG	Arbeitsschutzgesetz
ARSP	Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie (Zeitschrift)
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
AuR	Arbeit und Recht (Zeitschrift)
B.	Beschluss
BA	Bundesagentur für Arbeit
BAG	Bundesarbeitsgericht
BAMF	Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
BB	Betriebs-Berater (Zeitschrift)
Bd.	Band
BeckOK	Beck'scher Online-Kommentar
Beil.	Beilage
bespr.	besprochen
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGG	Gesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen

Abkürzungsverzeichnis

BGH	Bundesgerichtshof
BMAS	Bundesministerium für Arbeit und Soziales
BMFSFJ	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
BMI	Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat
BR-Drs.	Bundesratsdrucksache
BT-Drs.	Bundestagsdrucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
bzw.	beziehungsweise
CERD	Internationale Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung
CML Rev.	Common Market Law Review (Zeitschrift)
DAAD	Deutscher Akademischer Austauschdienst
DB	Der Betrieb (Zeitschrift)
DDR	Deutsche Demokratische Republik
ders.	derselbe
E.L. Rev.	European Law Review (Zeitschrift)
e. V.	eingetragener Verein
EG	Europäische Gemeinschaft
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
Einl.	Einleitung
EL	Ergänzungslieferung
EMRK	Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und der Grundfreiheiten
engl.	englisch
ErfK	Erfurter Kommentar
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift
EuR	Europarecht (Zeitschrift)
EUR J MIGR LAW	European Journal of Migration and Law (Zeitschrift)
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZA	Europäische Zeitschrift für Arbeitsrecht

EWG-Vertrag	Vertrag von Rom zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
f.	folgende (Seite)
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FES	Friedrich-Ebert-Stiftung
ff.	folgende (Seiten)
FIM	Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen
Fn.	Fußnote
FPÖ	Freiheitliche Partei Österreichs
FS	Festschrift
GA	Generalanwalt
GAin	Generalanwältin
GG	Grundgesetz
gg.	gegen
GRCh	Charta der Grundrechte der Europäischen Union
GS	Gedächtnisschrift
Hrsg.	Herausgeber*in
HStR	Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland
i.S.d.	im Sinne des
IAB	Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit
IAQ	Institut für Arbeit und Qualifikation
IfD	Institut für Demoskopie
ILO	International Labour Organization (Internationale Arbeitsorganisation – IAO)
Int. J. CLLIR	International Journal of Comparative Labour Law and Industrial Relations (Zeitschrift)
IPbpR	Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte
IPwskP	Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte
iSv	im Sinne von
J§E	Jura Studium & Examen (Zeitschrift)
jew.	jeweilig
Jg.	Jahrgang
JLS	Journal of Law and Society (Zeitschrift)

Abkürzungsverzeichnis

jurisPR-ArbR	juris PraxisReport Arbeitsrecht (Online-Zeitschrift)
KJ	Kritische Justiz (Zeitschrift)
KR	Gemeinschaftskommentar zum Kündigungsschutzgesetz
krit.	kritisch
KSchG	Kündigungsschutzgesetz
LAG	Landesarbeitsgericht
m.	mit
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
MHdB ArbR	Münchener Handbuch zum Arbeitsrecht
MJ	Maastricht Journal of European and Comparative Law (Zeitschrift)
MLR	Modern Law Review (Zeitschrift)
MüKo	Münchener Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch
NJ	Neue Justiz (Zeitschrift)
NJCM-Bull.	Nederlands tijdschrift voor de mensenrechten Bulletin (Zeitschrift)
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
Nr.	Nummer
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht
NZA-RR	Neue Zeitschrift Arbeitsrecht Rechtsprechungs-Report
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
OJLS	Oxford Journal of Legal Studies (Zeitschrift)
ÖVP	Österreichische Volkspartei
RdA	Recht der Arbeit (Zeitschrift)
RdLH	Rechtsdienst der Lebenshilfe (Zeitschrift)
RdW	Schriftenreihe Das Recht der Wirtschaft
RIW	Recht der Internationalen Wirtschaft (Zeitschrift)
RL	Richtlinie
Rn.	Randnummer
Rs.	Rechtssache
RW	Rechtswissenschaft: Zeitschrift für rechtswissenschaftliche Forschung
S.	Seite
SGB III	Sozialgesetzbuch Drittes Buch

SGB IX	Sozialgesetzbuch Neuntes Buch
SLG	Starting Line Group
sog.	sogenannt
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPON	Spiegel Online
SR	Soziales Recht (Zeitschrift)
SZ	Süddeutsche Zeitung
TzBfG	Gesetz über Teilzeitarbeit und befristete Arbeitsverträge (Teilzeit- und Befristungsgesetz)
u. a.	und andere
UAbs.	Unterabsatz
UN-BRK	Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN-Behindertenrechtskonvention)
Urt.	Urteil
USA	Vereinigte Staaten von Amerika
Verw.	Verweis
vgl.	vergleiche
VN	Vereinte Nationen
Vorb.	Vorbemerkung
z. B.	zum Beispiel
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
ZAR	Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik
ZESAR	Zeitschrift für europäisches Sozial- und Arbeitsrecht
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht
ZEuS	Zeitschrift für Europarechtliche Studien
ZfA	Zeitschrift für Arbeitsrecht
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik

